Deutscher Bundestag **Drucksache 21/9244**

21. Wahlperiode 17.11.2026

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Adam Balten, Steffen Kotré, Dr. Malte Kaufmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 21/8557 –

Technologieoffenheit im Verkehrssektor gewährleisten – Privilegierung der Elektromobilität beenden

A. Problem

Die Fraktion der AfD kritisiert, dass Elektrofahrzeuge rechnerisch als emissionsfrei behandelt würden und die Halter eine Prämie erhielten, unabhängig davon, mit welchem Strommix die Fahrzeuge geladen und wie viele Emissionen bei der Produktion freigesetzt würden. Die Förderung führe zu milliardenschweren Belastungen für den Staatshaushalt. Trotz der fiskalischen Belastungen werde die Förderung der Elektrofahrzeuge mit der Kaufprämie 2026 erneut aufgenommen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternative

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Die Kosten wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 21/8557 abzulehnen.

Berlin, den 11. November 2026

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Christian Frhr. von Stetten
Vorsitzender

Dunja Kreiser
Berichterstatterin

Agnes Conrad
Berichterstatterin

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Dunja Kreiser und Agnes Conrad

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 21/8557** wurde in der 103. Sitzung des Deutschen Bundestages am 16. Oktober 2026 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Verkehrsausschuss und den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion der AfD fordert die Bundesregierung zu sechs Maßnahmen auf. Insbesondere sei die staatliche Subventionierung der Elektromobilität sofort zu beenden und die E-Auto-Kaufprämie 2026 einzustellen. Die steuerlichen Vorteile für Elektrofahrzeuge seien ebenfalls zu beenden und die THG-Quote abzuschaffen. Darüber hinaus solle die Bundesregierung die Förderung privater Wallboxen sowie technologiespezifische Bundesprogramme zum Aufbau von Ladeinfrastruktur beenden. Die bisherige Elektromobilitätsförderung solle durch eine Erfolgskontrolle geprüft und der Grundsatz der Technologieneutralität verbindlich verankert werden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Verkehrsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 21/8557 in seiner 42. Sitzung am 11. November 2026 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 21/8557 in seiner 49. Sitzung am 11. November 2026 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat den Antrag auf Drucksache 21/8557 in seiner 59. Sitzung am 11. November 2026 abschließend beraten.

Die **Fraktion der AfD** kritisierte einleitend, dass Bundeskanzler Merz in einem Brief an Ursula von der Leyen vom 4. November 2026 bekräftigt habe, dass der ETS-CO_2-Zertifikatehandel bleiben solle. Damit gingen Arbeitsplatzverlust, Abwanderung und Inflation einher. Das Wertschöpfungsfundament Deutschlands, bestehend aus den Säulen der günstigen Energie, Kernenergie und russischem Gas, der Automobilbau nebst Zuliefererindustrie und Ingenieurswesen, werde durch eine planwirtschaftliche Politik erschüttert. Man habe den Automobilbau über Nacht zu einer Umrüstung gezwungen. Darüber hinaus leide das Ingenieurswesen an der Fachkräfteabwanderung. Stattdessen sollte man auf freie Marktwirtschaft und Technologieoffenheit im Automobilsektor setzen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** konstatierte, dass man über die Effizienz und Sinnhaftigkeit von staatlichen Förderprogrammen diskutieren müsse, aber die Diskussion um die Förderung von E-Mobilität müsse sachlich und unter Berücksichtigung des gesamten Forschungsstandes geführt werden. Danach sei eindeutig, dass batterieelektrische Pkw über den gesamten Lebenszyklus emissionsärmer seien als Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor. Die Autoren der von der AfD-Fraktion angeführten Studie der TU München stellten nicht die E-Mobilität insgesamt in Frage. Ein Hochlauf der E-Mobilität sei vielmehr für das Gelingen der Verkehrswende entscheidend, weshalb die Regierungskoalition ein gutes, sozial gestaffeltes, ausgewogenes Instrument zur Förderung von E-Autos eingeführt habe. Die Kombination aus Technologieoffenheit und der Förderung des Hochlaufs der E-Mobilität sei der richtige Weg.

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Die **Fraktion der SPD** führte aus, dass Technologieoffenheit wichtig sei und Deutschland nach vorne bringe. Ein batteriebetriebenes Fahrzeug stoße bei Betrachtung des gesamten Lebenszyklus wesentlich weniger CO_2 aus. Zudem stelle sich die Technologieoffenheit besonders im Bereich Circular Economy dar, worauf viele Unternehmen im Automotive-Bereich hinarbeiteten. Es sei auch zu berücksichtigen, dass es einen kleinen wirtschaftlichen Aufschwung gebe. Die von den mittelständischen Unternehmen und dem VDMA geforderten Reformen würden angegangen. So habe insbesondere der neue Arbeitsminister Reformen vorgestellt, auf die sich der VDMA und mittelständische Unternehmen freuten. Darüber hinaus sei mit Blick auf die Förderung hervorzuheben, dass elektrobetriebene Fahrzeuge in diesem Jahr verglichen mit dem letzten Jahr einen hohen Aufschwung erfahren hätten und wesentlich mehr verkauft worden seien.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärte, die Elektromobilität erlebe global einen rasanten Siegeszug. Die Zulassungszahlen stiegen. Im Gegensatz zur AfD-Fraktion seien sie der Meinung, dass die deutsche Industrie an diesem Hochlauf der Technologie teilhaben sollte und dadurch gute Arbeitsplätze entstünden. Insofern sei der Antrag wirtschaftspolitisch rückwärtsgewandt, industriepolitisch kontraproduktiv und sozialpolitisch komplett verfehlt.

Die **Fraktion Die Linke** kritisierte, die Forderungen, dass die Förderung der E-Mobilität und der Ladeinfrastruktur eingestellt, die Treibhausgasminderungsquote abgeschafft und die Technologieneutralität verbindlich verankert werden müsse, seien fossile Relikte. Eine Umsetzung des Antrags würde den Rückstand der deutschen Automobilindustrie weiter zementieren und Arbeitsplätze und Wohlstand gefährden. Der Antrag nehme Bezug auf das Unternehmen Tesla. Dieses weite seine Produktion in Brandenburg gerade erheblich aus. Die Krise der deutschen Autohersteller sei auch dadurch ausgelöst worden, dass man zu lange am Verbrenner festgehalten und das Geschäft in dem Bereich der E-Mobilität vor allem auf das Luxussegment konzentriert habe. Daher müsse dieser Industriezweig gezielt gefördert werden.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 21/8557.

Berlin, den 11. November 2026

Dunja Kreiser
Berichterstatterin

Agnes Conrad
Berichterstatterin

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.